

Von: Guido Grünewald, Bonn, eingegangen am 16. Juli 2026 um 13.43 h

Liebe Interessierte,

hier nun die Fortsetzung der aktuellen Ausgabe des **Newsletters zur internationalen Friedensarbeit mit den aktuellen Entwicklungen betr. Kriegsdienstverweigerung**. Im Vordergrund steht der Bericht von Felix Corley über die zwangsweise Einziehung und Misshandlung bis hin zu Mord und Totschlag von – fast ausnahmslos religiös motivierten – Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine. Die mit Kriegen (besonders bei längerer Dauer) einhergehende Brutalisierung und Verengung der Wahrnehmung auf „wir“ und „sie“ wird hier besonders deutlich. M.E. ist es kein Zufall, dass sich die Misshandlungen und Todesfälle konzentriert in zwei Eliteeinheiten ereignen, denn dort ist ein Freund-Feind-Denken und ein Tunnelblick – Bekämpfung und Eliminierung des Feindes incl. dem Feind nützlicher Elemente – oft konstitutiv.

Da der Bericht von Felix Corley sehr umfangreich ist, grüße ich bereits hier in der mail.

In Finnland hat am **22. Mai ein eintägiger Warnstreik von Zivildienstleistenden** stattgefunden, organisiert von der Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer (AKL = Aseistakieltäytyjälitto) und begleitet von einer Demonstration in Helsinki. Der Streik richtete sich gegen die aktuell von der Regierung vorbereitete Reform des Zivildienstgesetzes, die zentrale Kritikpunkte der bisherigen Praxis (u.a. doppelte Länge des Alternativdienstes, unzureichende Information über das Recht auf KDV) nicht aufgreift und den Zivildienst noch stärker in die Gesamtverteidigung einbinden will. Mit 30-35 war die Zahl der Streikenden eher gering, die nationalen Medien ignorierten die Aktion. (Quelle: interner Bericht AKL)

Im Frühjahr ist die Publikation „Voices of Peace“ erschienen:

<https://www.qcea.org/voices-of-peace-stories-of-conscientious-objectors-from-europe-and-beyond/> . Die 64seitige Broschüre enthält **ausführliche Interviews mit Kriegsdienstverweigerern aus Griechenland, Eritrea, Israel, Finnland, Russland, Spanien und der Türkei zu ihrer persönlichen Geschichte**. Vorangestellt ist die Erklärung, die der damals 25jährige Jean van Lierde, eine der prägenden Gestalten der internationalen KDV-Bewegung und gewaltloser Kämpfer für die Unabhängigkeit Kongos von Belgien, im Oktober 1951 vor dem Militärgericht in Brüssel vorgetragen hat (erst 1964 wurde die KDV in Belgien anerkannt). Die persönlichen Geschichten zeigen ein weites Spektrum auf, von historischen Erfahrungen aus den 1990er (Taxio aus Spanien) über Totalverweigerung (Miro aus Finnland) bis zur Flucht vor der Einberufung in den Krieg gegen die Ukraine (Alexander und Roman aus Russland).

Die Arbeit von Rechtsanwalt Artem Klyga von der russischen stop the army-Bewegung mit der Asylagentur der EU (EUAA) trägt Früchte. **Neben dem Verwaltungsgericht in Riga/Litauen (siehe Ausgabe Mai 2026) haben auch Gerichte in Zagreb/Serbien und Brno/Tschechien die Ablehnung von Asylgesuchen russischer Staatsbürger im Wehrpflichtalter aufgehoben. Am 23. Juni hat nun auch das Amtsgericht Oslo/Norwegen,** vor dem Artem Klyga als Zeuge aussagte, einen ablehnenden Asylbescheid für einen russischen Staatsbürger im Wehrpflichtalter aufgehoben. Insgesamt bleibt aber die Chance russischer Wehrpflichtiger auf Asyl oder zeitweiligen Schutz in Europa trotz vollmundiger Versprechen von Politikern zu Beginn des Ukrainekrieges beschämend gering.

Auch für Ukrainer im Wehrpflichtalter werden die Schutzmöglichkeiten in der EU zunehmend beschnitten. Während für alle anderen ukrainischen Staatsbürger:innen der vorübergehende Schutz um ein weiteres Jahr bis zum 4. März 2028 verlängert werden soll, soll er „neu ankommenden Personen, die von den ukrainischen Behörden wegen militärischer Verpflichtungen keine Genehmigung zum Verlassen der Ukraine haben, in der Regel“ nicht gewährt werden, so der Vorschlag der EU-Kommission vom 26. Juni mit starker Unterstützung der deutschen Regierung. Dänemark hat bereits damit begonnen, den Vorschlag in die Praxis umzusetzen. Nicht nur Deserteure, auch – meist religiös motivierte – Verweigerer verlieren damit eine Schutzmöglichkeit, während parallel in der Ukraine – das Recht auf KDV wird in Kriegszeiten nicht anerkannt – **zahlreiche Verweigerer verurteilt, inhaftiert, misshandelt und in einem kürzlich bekannt gewordenen Fall sogar zu Tode gefoltert** werden. Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) fordert daher in einer aktuellen Erklärung (<https://www.ebco-beoc.org/press-release/2026-07-04-ebco-calls-to-stop-torture-and-imprisonment-of-conscientious-objectors-in-ukraine>) von der Ukraine die Beendigung dieser Praktiken, die Freilassung aller Verweigerer und die Möglichkeit eines zivilen Alternativdienstes auch im aktuellen Krieg. Die EU wird aufgefordert, verfolgten ukrainischen Verweigerern Asyl bzw. humanitären Schutz zu gewähren, ihren aktuellen Vorschlag entsprechend zu modifizieren und in den Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine sicherzustellen, dass diese internationale Standards bez. des Rechts auf KDV erfüllt. EBCO bezieht sich u.a. auf den „**EU Ukraine Report 2025**“ vom 4.11.2025, in dem es auf S. 42 heißt: „Die Ukraine muss Schutzmaßnahmen einführen, die Einzelpersonen im Falle einer Kriegsdienstverweigerung vor strafrechtlicher Verfolgung schützen, unter Berücksichtigung des Amicus-Curiae-Schriftsatzes der Venedig-Kommission vom März 2025.“

Felix Corley vom Nachrichtendienst Forum18 aus Oslo hat am 25. Juni (Aktualisierung am 1. Juli) einen **ausführlichen Bericht über die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine** veröffentlicht. Aufgrund seiner Bedeutung und Faktenfülle folgt

hier der gesamte Bericht in einer von DeepL angefertigten und von mir bearbeiteten Übersetzung. Das Original incl. Fotos findet sich hier: https://www.forum18.org/archive.php?article_id=3055

UKRAINE: Wird der gewaltsame Tod eines Kriegsdienstverweigerers auf einem Militärstützpunkt „vertuscht“? Von Felix Corley, Forum 18

Bedienstet der Wehrrersatzbehörde nahmen den 50-jährigen Baptisten und Kriegsdienstverweigerer Dmytro Koval vom Rat der Kirchen fest, lehnten seinen Antrag auf zivilen Ersatzdienst ab und schickten ihn zum Skelya-Sturmregiment. Das Militärpersonal folterte ihn, weil er sich weigerte zu essen, und er starb am 21. März. Als die Beamten Kovals Leiche zurückgaben, war sein Gesicht nicht mehr zu erkennen. Seine Witwe konnte ihn „nur anhand seiner Muttermale, der Form seiner Ohren, seiner Gesichtsfalten und anderer charakteristischer Merkmale“ identifizieren, wie die Baptisten feststellten. Sie forderte die Polizei auf, seinen Tod unter dem Vorwurf des Mordes und der Folter zu untersuchen. Der Ermittler Serhiy Popika weigerte sich, Auskunft zu geben.

Bedienstete der Einberufungsbehörde nahmen den 50-jährigen Baptisten Dmytro Koval vom Rat der Kirchen am Abend des 1. März fest. Nachdem sie seine Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen und seinen Antrag auf Ableistung eines zivilen Ersatzdienstes abgelehnt hatten, übergaben die Beamten ihn an das Militär. Am 6. März traf er beim Skelya-Sturmregiment in der Region Dnipropetrowsk ein. Dort starb er am 21. März. In seiner Sterbeurkunde wurde als Todesursache „Herz-Lungen-Insuffizienz, nicht näher bezeichnet“ angegeben. Er sei „in einem Auto“ gestorben. Als sein Leichnam an seine Familie übergeben wurde, wies er Spuren brutaler Misshandlung auf.

„Sie haben ihm immer wieder auf den Kopf geschlagen. Sie packten ihn am Hals und warfen ihn – hoben ihn hoch und warfen ihn erneut. Sie traten und schlugen auf ihn ein“, berichtete ein Mann aus derselben Militäreinheit der Journalistin Kateryna Likhohliad (siehe unten).

Als die Behörden am 30. März Kovals Leiche zurückgaben, war sein Gesicht nicht mehr zu erkennen. „Seine Frau konnte die Leiche ihres Mannes nur anhand seiner Muttermale, der Form seiner Ohren, seiner Gesichtsfalten und anderer charakteristischer Merkmale identifizieren“, stellte der Rat der Baptistenkirchen am 31. März fest. „Die Leiche weist zahlreiche Verletzungen auf (Blutergüsse, Prellungen, eine Wunde am Rücken, eine Vertiefung im Brustbereich hinter dem Herzen und Blutergüsse am Hals). Dies wirft viele offene Fragen auf. Daher werden wahrscheinlich weitere Untersuchungen angeordnet.“ Der Familie wurde keine Kopie eines zweiten gerichtsmedizinischen Gutachtens zur Leiche ausgehändigt (siehe unten).

Unsicherheit herrscht hinsichtlich des Stands der Ermittlungen. Kovals Familie hat keine neuen Informationen zu einem Verfahren gegen die Verantwortlichen für seinen

gewaltsamen Tod erhalten. „Leider gibt es derzeit keine neuen Informationen“, sagte seine Witwe Liliya Koval gegenüber Forum 18. „Niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Bis jetzt war es nicht einmal möglich, die Ergebnisse der zweiten gerichtsmedizinischen Untersuchung zu erhalten.“

„Ich habe den Eindruck, dass dieses Verbrechen vertuscht wird“, fügte Liliya Koval hinzu. „Denn soweit ich weiß, wurde das Strafverfahren eingestellt. Erst eine Woche später hob die Staatsanwaltschaft die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens auf. Seit fast drei Monaten haben jedoch weder die Polizei noch andere staatliche Behörden etwas unternommen“ (siehe unten).

Niemand scheint wegen Kovals gewaltsamen Todes strafrechtlich verfolgt worden zu sein. Serhiy Popika von der Bezirkspolizei Kovel, der die Ermittlungen leitet, weigerte sich zu sagen, ob in diesem Fall bereits jemand festgenommen wurde. „Ich kann keine Auskünfte geben“, sagte er gegenüber Forum 18 und legte auf (siehe unten).

Die Journalistin Kateryna Likhohliad untersuchte die hohe Sterblichkeitsrate im 425. Sturmregiment „Skelya“, in dem Koval getötet wurde. Sie stellte fest, dass es in einem Zeitraum von sechs Monaten ab Ende 2025 zu 26 Todesfällen außerhalb von Kampfhandlungen gekommen war, wobei viele dieser Männer innerhalb eines Monats nach ihrer Ankunft starben (siehe unten).

Der stellvertretende Militärombudsmann Ruslan Tsygankov räumte im April ein, dass das „Skelya“-Regiment eine von zwei Einheiten sei, über die seine Behörde zahlreiche Beschwerden wegen Folter erhalten habe. „Diese beiden Einheiten bergen – abgesehen von ihrer Einsatzfähigkeit – gerade im Zusammenhang mit der Verletzung der Rechte von Soldaten sehr hohe Risiken. Wir sind uns dessen bewusst, und diese beiden Einheiten stehen unter unserer Beobachtung“, sagte er (siehe unten).

Das Büro des Militärombudsmanns in Kiew reagierte nicht auf die Anfrage von Forum 18 nach einem Interview über den mutmaßlichen Mord an Koval und die Folter anderer Kriegsdienstverweigerer, während sie gegen ihren Willen auf Militärstützpunkten festgehalten wurden (siehe unten).

Aktualisierung vom 1. Juli:

Iryna Mazur vom Büro des Militärombudsmanns teilte Forum 18 am 1. Juli mit, dass dort Beschwerden von Angehörigen und Gemeindemitgliedern über die „rechtswidrige Einberufung und den Tod des Soldaten Dmytro Koval“ eingegangen seien. Sie erklärte, das Büro habe eine Untersuchung durchgeführt. „Aufgrund der Ergebnisse wurde beschlossen, die Unterlagen an die Hauptdirektion der Nationalpolizei in der Region Dnipropetrowsk weiterzuleiten.“ Sie fügte hinzu: „Werden bei der Prüfung einer Beschwerde Anzeichen für eine Straftat festgestellt, werden die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise benachrichtigt. Das Büro des Militärombudsmanns ist keine Strafverfolgungsbehörde und nicht befugt, Ermittlungen

durchzuführen.“ Sie erklärte, man könne nicht untersuchen, was mit Koval während der Mobilmachung geschehen sei, da dies nicht in den Zuständigkeitsbereich des Büros falle. Daher seien „die Beschwerdeunterlagen“ hierzu „zur Prüfung entsprechend der Zuständigkeit an das Kommando der Landstreitkräfte der Streitkräfte weitergeleitet worden, um eine Untersuchung der in den Beschwerden dargelegten Umstände durchzuführen“.

Zwischen März und April wurden drei Zeugen Jehovas – Serhiy Batiuzhenko, Eduard Martens und Ruslan Korobeinyk, alle Anfang fünfzig – in derselben militärischen Ausbildungseinheit in der Nähe von Pidlisne in der Region Dnipropetrowsk gefoltert, weil sie als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen den Militärdienst verweigert hatten. Ein Militärausbilder schlug sie bis zur Bewusstlosigkeit, während andere Soldaten sich über ihren Glauben lustig machten und ihnen medizinische Versorgung vorenthielten (siehe unten).

Die Ermittler Andrii Slidyak und A. Andreyeva leiten die Ermittlungen im Vorfeld des Gerichtsverfahrens im Zusammenhang mit der Folter an Batiuzhenko und Martens (die Folter an Korobeinyk scheint nicht Gegenstand der Ermittlungen zu sein). Die dritte Ermittlungsabteilung des Staatlichen Ermittlungsbüros mit Sitz in Dnipro hat auf die Anfrage von Forum 18 nach einem Interview mit ihnen nicht reagiert. Forum 18 hat keine Antwort auf seine schriftlichen Fragen erhalten:

- Ob Verdächtige festgenommen wurden;
- Falls ja, wann mit einem Prozess zu rechnen ist;
- und falls nein, warum nicht (siehe unten).

Wehrersatzämter haben zahlreiche Männer im Alter zwischen 25 und 59 Jahren, die den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigerten, festgenommen und an Militäreinheiten überstellt. Davon stammen mindestens 49 Männer aus baptistischen Gemeinden des Rates der Kirchen. Sie werden weiterhin festgehalten, obwohl sie ihre Bereitschaft zum zivilen Ersatzdienst bekundet haben (siehe unten).

Der parlamentarische Menschenrechtsbeauftragte (Ombudsmann) Dmytro Lubinets räumte in seinem Bericht für das Jahr 2025, den er dem Parlament im Mai 2026 vorlegte, Probleme bei der Vorgehensweise der Einberufungsämter bei der Festnahme von Männern zur Mobilisierung ein. Allerdings ging er nur am Rande auf die Folter von Kriegsdienstverweigerern sowie von Wehrpflichtigen ein, sobald diese in Militäreinheiten eingeteilt sind (siehe unten).

Yurii Sheliazhenko von der Ukrainischen Pazifistenbewegung beklagte, dass „der Bericht des Ombudsmanns das Problem der Folter und grausamen Behandlung von Kriegsdienstverweigerern und anderen Wehrpflichtigen ignoriert“ (siehe unten).

Im März bekräftigte die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (UN) zur Ukraine die bereits zuvor geäußerte Besorgnis der UN hinsichtlich der fehlenden Möglichkeit, in Kriegszeiten einen zivilen Ersatzdienst zu leisten. Sie äußerte zudem Besorgnis über Gewalt gegen Kriegsdienstverweigerer, die gewaltsam auf Militärstützpunkte gebracht wurden (siehe unten).

Zeugen Jehovas

Unterdessen gehen die Gerichtsverfahren und Inhaftierungen von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen im ganzen Land weiter.

Am 9. März verurteilte ein Gericht in der Region Mykolajiw den 42-jährigen Kriegsdienstverweigerer und Zeugen Jehovas, Volodymyr Klementiev, zu sechs Jahren Haft (https://www.forum18.org/archive.php?article_id=3053). Das Berufungsgericht in Mykolajiw wies seine Berufung am 14. Mai zurück. „Bis heute ist dies die längste Haftstrafe, die seit Beginn des Krieges in der Ukraine gegen einen unserer Brüder verhängt wurde“, stellten die Zeugen Jehovas fest. Die bisher längste Haftstrafe betrug fünf Jahre.

An aufeinanderfolgenden Tagen im Juni befand ein Gericht in der Region Tschernihiw zwei Kriegsdienstverweigerer der Siebenten-Tags-Adventisten für schuldig. Die Richter verurteilten Andrii Skliar und Ihor Kiktev – beide in ihren Dreißigern – zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von jeweils fünf Jahren und einem Monat (https://www.forum18.org/archive.php?article_id=3053).

„Unterdessen warten Hunderte weiterer unserer Brüder auf ein Strafverfahren, einschließlich der Möglichkeit langer Haftstrafen“, fügten die Zeugen Jehovas hinzu. „Viele dieser Brüder wurden gewaltsam in militärische Einrichtungen gebracht, wo sie manchmal tagelang oder sogar monatelang festgehalten wurden. Dort sind sie oft körperlicher Misshandlung und emotionalem Druck ausgesetzt, um sie dazu zu bringen, ihre neutrale Haltung aufzugeben.“

Der „Fahrplan zur Rechtsstaatlichkeit“, der am 14. Mai 2025 vom ukrainischen Ministerkabinett verabschiedet wurde, benennt vorrangige Reformbereiche in den Bereichen Justiz, Korruptionsprävention und -bekämpfung, Schutz der Grundrechte sowie Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit. Das Dokument ist Teil der Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses.

Der Fahrplan nennt ein „strategisches Ziel“: „Das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus religiösen Gründen wird während des Kriegsrechts gewährleistet.“ Der Fahrplan legt als Frist für die „Ausarbeitung und Verabschiedung eines Gesetzes zur Gewährleistung des Rechts auf Ableistung eines Ersatzdienstes während des Kriegsrechts oder einer Sonderperiode“ Ende Juni (https://www.forum18.org/archive.php?article_id=3056) fest. Die Regierung hat das Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes beauftragt.

Schwere Menschenrechtsverletzungen in der von Russland besetzten Ukraine

In allen von Russland illegal besetzten Gebieten der Ukraine kommt es zu schwerwiegenden Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit sowie anderer Menschenrechte (https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2963).

Folter und Korruption in den Rekrutierungsbüros

Seit Beginn des umfassenden Krieges Russlands gegen die Ukraine stehen die Einberufungsämter im Mittelpunkt der Besorgnis. Die Regierung hat die Leiter der lokalen Ämter wiederholt ausgewechselt.

Bis Ende 2023 befasste sich das Staatliche Ermittlungsamt (das Straftaten hochrangiger Beamter untersucht) mit 260 Fällen mutmaßlicher Straftaten (darunter Bestechung und Folter) in regionalen Wehrämtern und militärmedizinischen Kommissionen, wie es am 10. Oktober 2023 bekannt gab (<https://dbr.gov.ua/news/dbr-rozslidue-260-kriminalnih-provadzhen-za-faktami-porushen-u-vijskkomatah-ta-vijskovo-likarskih-komisiyah>).

Die Behörden leiteten 2024 Ermittlungen ein, nachdem mehrere Männer, die zur Mobilisierung einberufen worden waren, in Einberufungsämtern (<https://kyivindependent.com/man-dies-at-military-enlistment-office-in-dnipropetrovsk-oblast/>) ums Leben gekommen waren.

Das Abkommen der Vereinten Nationen (UN) gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (<https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/convention-against-torture-and-other-cruel-inhuman-or-degrading>) definiert Folter als „jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich starke körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einer dritten Person Informationen oder ein Geständnis zu erlangen, sie für eine Handlung zu bestrafen, die sie oder eine dritte Person begangen hat oder der sie verdächtigt wird, diese begangen zu haben, oder um sie oder eine dritte Person einzuschüchtern oder zu nötigen, oder aus irgendeinem Grund, der auf einer Diskriminierung jeglicher Art beruht, wenn diese Schmerzen oder dieses Leiden von einem Amtsträger oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung hin oder mit deren Einwilligung oder Duldung zugefügt werden“.

Gemäß der Konvention ist die Ukraine verpflichtet, jede Person, gegen die ein begründeter Verdacht auf Folter besteht, festzunehmen „oder andere rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Anwesenheit sicherzustellen“, und sie strafrechtlich zu verfolgen, wobei „**diese** Straftaten mit angemessenen Strafen geahndet werden müssen, die ihrer Schwere Rechnung tragen“.

Ombudsmann „ignoriert“ Folter an Kriegsdienstverweigerern

Der parlamentarische Menschenrechtsbeauftragte (Ombudsmann) Dmytro Lubinets hat Probleme bei der Vorgehensweise der Einberufungsämter bei der Einberufung von

Männern eingeräumt. Allerdings hat er die Folter von Kriegsdienstverweigerern sowie von Wehrpflichtigen in den Militäreinheiten nur am Rande erwähnt.

„Rechtsverletzungen werden in 1.669 Beschwerden von Personen gemeldet, die trotz ihrer religiösen Überzeugungen in Militäreinheiten eingezogen wurden – entgegen Artikel 35 der Verfassung der Ukraine, der die Möglichkeit vorsieht, den Wehrdienst durch einen alternativen (nichtmilitärischen) Dienst zu ersetzen“, schrieb Lubinets in seinem Bericht für das Jahr 2025 (<https://www.ombudsman.gov.ua/storage/app/media/uploaded-files/1-22042026-0951-angl-shchorichna-dopovid-2025.pdf>). Er legte den Bericht am 13. Mai 2026 dem Parlament, der Werchowyna Rada, vor.

Lubinets fügte hinzu: „Die rechtswidrige Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger durch Mitarbeiter der (Einberufungsämter), der Amtsmissbrauch während der Inhaftierung, die rechtswidrige Beschlagnahme persönlicher Gegenstände und mobiler Kommunikationsgeräte, die Zufügung körperlicher Verletzungen, die Einberufung von Bürgern trotz bestehender Aufschübe (Reservistenstatus) sowie andere Rechtsverletzungen wirken sich negativ auf das Ansehen des Staates aus und diskreditieren die Mobilisierungsprozesse in der Ukraine.“

Yurii Sheliazhenko von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung beklagte in einem Artikel vom 12. Juni (<https://en.connection-ev.org/article-4751>), dass „der Bericht des Ombudsmanns das Problem der Folter und grausamen Behandlung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen und anderen Wehrpflichtigen außer Acht lässt“.

Erneute Besorgnis der UNO wegen Kriegsdienstverweigerern

Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (UNO) zur Ukraine hat die bereits zuvor geäußerte Besorgnis darüber bekräftigt, dass es in Kriegszeiten keine Möglichkeit gibt, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten. Sie hat zudem ihre Besorgnis über Gewalt gegen Kriegsdienstverweigerer zum Ausdruck gebracht, die Zwangsweise auf Militärstützpunkte gebracht wurden. Sie brachte diese Bedenken in einem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat (<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/a-hrc-61-61-auv.pdf>) zum Ausdruck, der am 9. März 2026 veröffentlicht wurde.

Die Kommission befragte „Männer, die bereits lange vor Beginn der groß angelegten Invasion aktive Mitglieder von vier verschiedenen religiösen Gruppen waren. Sie alle haben sich geweigert, militärische Tätigkeiten auszuüben, und sich bereit erklärt, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten.“

„Die befragten Kriegsdienstverweigerer berichteten, dass sie ungeachtet ihrer ausdrücklichen Weigerung, militärische Tätigkeiten auszuüben, gewaltsam in ein territoriales Rekrutierungszentrum und anschließend in ein Militärlager gebracht wurden“, stellte die UN-Kommission fest.

„Einige von ihnen erlebten oder wurden Zeugen körperlicher Gewalt, darunter Schläge durch Mitarbeiter eines territorialen Rekrutierungszentrums und durch Militärangehörige. Sie berichteten, dass sie in den Militärlagern Strafen und psychischem Druck ausgesetzt waren, wie zum Beispiel Scheinhinrichtungen, lang andauernde Einsperrung in einer in den Boden gegrabenen Grube, auch im Winter; Androhung sexueller Gewalt; sowie Verweigerung von Nahrung.“

„Die rasche Art und Weise, in der Männer von den Behörden zur Rekrutierung mobilisiert werden – wobei manchmal berechnete gesundheitliche Gründe oder andere Hinderungsgründe ignoriert werden –, erschwert in Verbindung mit dem fehlenden Zugang zu Rechtsbeistand die Anfechtung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Es kann Monate dauern, bis ein Gericht über die Rechtmäßigkeit der Mobilisierung entscheiden kann – ein Zeitraum, in dem die betroffene Person weiterhin in den Streitkräften dient. Und selbst wenn das Gericht entscheidet, dass eine Person rechtswidrig mobilisiert wurde, gilt die Mobilisierung im Allgemeinen als unumkehrbar.“

Die UN-Kommission kam zu folgendem Schluss: „Auch wenn in der Ukraine das Kriegsrecht gilt und das Land mit einem bewaffneten Konflikt konfrontiert ist, bleibt die Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Mobilisierung unerlässlich, um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten der Bürger zu gewährleisten und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Behörden aufrechtzuerhalten.“

Die UN-Kommission forderte die Ukraine auf, den Mobilisierungsprozess „unter besonderer Berücksichtigung der Anfangsphase in den Territorialen Rekrutierungszentren“ zu überwachen, um sicherzustellen, dass alle Rechte der eingezogenen Personen gewahrt werden, einschließlich des Rechts auf Rechtsbeistand und auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Sie forderte die Ukraine außerdem auf: „Jede Form von Gewalt während des Mobilisierungs- und Einsatzprozesses zu verhindern und zu beenden sowie eine wirksame und unparteiische Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung jeglicher Verstöße sicherzustellen.“

Koval: Gewaltsamer Tod auf berüchtigtem Militärstützpunkt

Am Abend des 1. März wurde der Baptist Dmytro Bohdanovych Koval (geb. am 30. Januar 1976), ein Mitglied des Rates der Kirchen aus dem Dorf Lublynets im Nordwesten der Oblast Wolhynien, als vermisst gemeldet. Seine Familie erstattete bei der Polizei eine Vermisstenanzeige.

„Am 1. März gegen 20:00 Uhr ging [Koval] spazieren und kehrte nicht zurück“, teilte die Polizei von Wolhynien am Nachmittag des 2. März auf ihrer Website

(<https://vl.npu.gov.ua/news/politseiski-rozshukuiut-bezvisty-znykloho-50-richnoho-zhytelia-kovelshchyny>) mit. „Der Einwohner von Wolhynien hatte weder sein Handy

noch Geld oder Ausweispapiere bei sich.“ Die Polizei bat jeden, der Informationen über seinen Verbleib habe, sich zu melden.

Obwohl seine Familie davon nichts wusste, hatten Beamte des Wehersatzamtes in Tlumach in der Oblast Iwano-Frankiwsk (wo er gemeldet war) Koval festgenommen, als er versuchte, seinen Status zu klären. Er erklärte den Beamten, dass er sich nicht vor seinen Pflichten gegenüber dem Staat drücke, bat jedoch aus Gewissensgründen gemäß Artikel 35 der Verfassung um einen zivilen Ersatzdienst. Die Beamten lehnten dies ab.

Am 6. März verlegte das Militär Koval zu einer Militäreinheit in der Oblast Dnipropetrowsk, dem 425. Sturmregiment „Skelya“ (A4862). Der Kommandeur des Regiments ist Andrii Surai.

Kovals Familie hatte keinen direkten Kontakt mehr zu ihm, nachdem er zum Militär gebracht worden war. „Die Kommunikation mit ihm brach praktisch ab“, stellte der Rat der Baptistenkirchen fest. „Das Einzige, was man von ihm erhalten konnte, war eine kurze Sprachnachricht, die er unter strenger Aufsicht diktiert hatte. Darin bat Koval um verstärkte Gebete und dringende Hilfe und betonte, dass er sich in einer schwierigen Lage befinde.“ Die Familie erhielt die Nachricht am 8. März von einer unbekannten Nummer.

Koval wurde zuletzt am 14. März auf dem Militärstützpunkt von anderen lebend gesehen.

Koval starb laut offizieller Darstellung am 21. März in der Militäreinheit, nur 15 Tage nach seiner Ankunft dort. Erst am 26. März wurde seine Familie über seinen Tod informiert, wie der Rat der Baptistenkirchen mitteilt. Zwei Tage später ergab eine gerichtsmedizinische Untersuchung seiner Leiche – durchgeführt von Dr. I. Burov (und von Forum 18 eingesehen) –, dass er an „Lungen-Herz-Insuffizienz, nicht näher bezeichnet“ gestorben sei. Darin hieß es, er sei „in einem Auto“ gestorben.

Koval: Hohe Sterblichkeitsrate außerhalb von Kampfhandlungen

Die Journalistin Kateryna Likhohliad untersuchte die hohe Sterblichkeitsrate im 425. Sturmregiment „Skelya“. Sie stellte fest, dass es in einem Zeitraum von sechs Monaten ab Ende 2025 zu 26 Todesfällen außerhalb von Kampfhandlungen gekommen war, wobei viele dieser Männer innerhalb eines Monats nach ihrer Ankunft starben, wie sie am 23. Juni (<https://babel.ua/texts/127938-shturmoviy-polk-skelya-maye-boyovi-zaslugi-i-dobre-zabezpechennya-a-shche-kazhut-ochavidci-tam-katuyut-i-zabivayut-lyudey-na-smert-rozsliduvannya-babelya>) auf der Nachrichtenwebsite Babel schrieb. Unter den 26 Fällen führte sie auch Koval an.

„Dmytro war still und verängstigt, betete sechs bis sieben Stunden am Tag und weigerte sich gänzlich zu essen“, berichteten Mitgefangene von Koval gegenüber Likhohliad. „Einige der Befragten gehen davon aus, dass der Mann fastete. Andere sagen, er habe protestiert.“

Eine Person berichtete Likhohliad: „Er fing an, über einige seiner Rechte zu sprechen. Sie haben ihn einfach zum Schweigen gebracht. Sie schlugen ihn, und er schrie: ‚Leute,

warum schlagt ihr mich?' Ich schaute ihm ins Gesicht – er verstand überhaupt nicht, was vor sich ging.“

Auf Kovals Verweigerung des Essens folgten Schläge. „Er wurde jeden Tag geschlagen. Am heftigsten wurde er geschlagen, als er den Wachen versprach, er würde essen, sich dann aber in der Kantine weigerte“, schrieb Likhohliad. „Sie schlugen ihm oft auf den Kopf. Sie packten ihn am Hals und warfen ihn – hoben ihn hoch und warfen ihn erneut. Sie traten und schlugen ihn“, berichtete ein Zeuge dem Journalisten.

Koval wurden gewaltsam intravenöse Infusionen verabreicht, bei denen es sich laut Angaben der Beamten um Vitamine handelte.

Koval wurde von zwei Sanitätern der Einheit mit den Rufzeichen „Satan“ und „Box“ sowie vom Leiter des Truppenübungsplatzes misshandelt, wie alle drei Zeugen, die mit Likhohliad sprachen, aussagten.

Ein Zeuge berichtete Likhohliad, wie religiöse Kriegsdienstverweigerer in einer Grube festgehalten wurden. Wehrpflichtige mit psychischen Störungen wurden oft zusammen mit ihnen festgehalten.

Pastor Roman Prodaniuk, Leiter der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine, wies auf die Probleme hin, mit denen Kriegsdienstverweigerer aus den Reihen der Zeugen Jehovas und der Siebenten-Tags-Adventisten konfrontiert sind, insbesondere im Sturmregiment Skelya. Er äußerte seine Besorgnis darüber, dass Beamte der Einberufungsbehörde „Menschen auf der Straße festnehmen und sie zu Militärstützpunkten bringen“. Das Militär „weiß nicht, was es mit ihnen anfangen soll, wenn sie keine Uniform anziehen oder keine Waffe in die Hand nehmen wollen“, erklärte er gegenüber Forum 18. „Militärangehörige misshandeln sie, schlagen sie und versuchen, sie zu zwingen, eine Waffe zu nehmen.“

Regimentskommandeur Surai beharrte in einem Interview vom 21. Mai (<https://suspilne.media/ivano-frankivsk/1313282-nemae-v-nas-karceriv-u-skeli-prokomentuvali-smerti-vijskovih/>), gegenüber der Nachrichtenwebsite Suspilne, dass den Wehrpflichtigen die Handys abgenommen werden müssten, um zu verhindern, dass russische Drohnen einen im Wald geschützten Standort mit vielen Mobiltelefonen angreifen.

Auf die Frage nach dem Tod von fünf Wehrpflichtigen wies Surai Vorwürfe von Misshandlungen zurück. „Wir haben im Grunde keine Strafzellen“, erklärte er gegenüber Suspilne. „Wir haben uns mit den Familien getroffen, und immer wieder erzählen sie uns: Er wurde ‚in eine Grube‘ gesteckt. Sie verstehen schon: Skelya steht stark im Fokus. Militärkommissionen, Ombudsleute und Journalisten besuchen uns ständig. Niemand hat diese ‚Gruben‘ jemals gefunden, niemand hat sie je gesehen, aber alle sind sich sicher, dass es sie gibt. Genauso verhält es sich mit Strafzellen. Wir haben keine Strafzellen.“

Surai erklärte, dass die Einheit jeden Todesfall innerhalb von 24 Stunden melden müsse, allerdings an die Einberufungsstelle und nicht an die Familie. „Auf der Grundlage unserer Meldung bereiten sie ihre Unterlagen vor und haben sieben Tage Zeit, den Tod eines Soldaten zu melden.“

Der stellvertretende Militärombudsmann Ruslan Tsygankov räumte ein, dass das Skelya-Regiment und das 225. Sturmregiment zwei Einheiten seien, über die seine Behörde zahlreiche Beschwerden wegen Folter erhalten habe. „Diese beiden Einheiten bergen neben ihrer Einsatzfähigkeit gerade im Zusammenhang mit der Verletzung der Rechte von Soldaten sehr hohe Risiken. Wir sind uns dessen bewusst, und diese beiden Einheiten stehen unter unserer Beobachtung“, erklärte Ruslan Tsygankov am 2. April gegenüber Radio Liberty (<https://www.radiosvoboda.org/a/news-vijskovyj-ombudsman-stvorennja-shturmovyh-vijsk/33723331.html>), weniger als zwei Wochen nach Kovals gewaltsamem Tod.

Die Journalistin Likhohliad wies darauf hin, dass Kovals Tod als natürlicher Tod registriert worden sei. „Aber an seinem Körper sind Blutergüsse zu sehen, und es gibt zudem drei Zeugen, die aussagen, dass er jeden Tag geschlagen wurde“, sagte sie am 24. Juni gegenüber Radio Hromadske (<https://hromadske.radio/news/2026/06/24/skandal-dovkola-polku-skelia-my-pospilkuvalysia-z-yoho-predstavnykom-i-avtorkoiu-rozsliduvania-i-os-shcho-diznals>). „Und dass er sich weigerte zu essen und nichts dagegen unternommen wurde. Er wurde weiter festgehalten, und anstatt sich an das Gesetz zu halten und ihn den Strafverfolgungsbehörden zu übergeben, haben sie ihn einfach geschlagen.“

Kommandant Surai erklärte in derselben Sendung, Koval habe sich „aus religiösen Gründen“ geweigert zu essen. Er ging nicht darauf ein, ob Koval ermordet worden war oder nicht.

Das Büro des Militärombudsmanns in Kiew reagierte nicht auf die Interviewanfrage von Forum 18 vom 24. Juni.

Oleksii Bratushchak, Sprecher des Skelya-Regiments, reagierte nicht sofort auf die Interviewanfrage von Forum 18 vom 25. Juni.

Koval: Die übergebene Leiche wies Spuren von Folter auf

Als Dmytro Koval am 30. März, neun Tage nach seiner mutmaßlichen Ermordung, in seine Heimatstadt Kowel zurückgebracht wurde, wies seine Leiche Spuren brutaler Misshandlung auf.

Eine Untersuchung von Kovals Leiche ergab Anzeichen von Folter; sein Gesicht war nicht mehr zu erkennen. „Seine Frau konnte die Leiche ihres Mannes nur anhand seiner Muttermale, der Form seiner Ohren, seiner Gesichtsfalten und anderer charakteristischer Merkmale identifizieren“, teilte der Rat der Baptistenkirchen am 31. März mit. „Die Leiche weist zahlreiche Verletzungen auf (Blutergüsse, Prellungen, eine Wunde am

Rücken, eine Vertiefung im Brustbereich hinter dem Herzen sowie Blutergüsse am Hals). Dies wirft viele offene Fragen auf. Daher werden wahrscheinlich weitere Untersuchungen angeordnet.“

Am 31. März bat seine Witwe Liliya Koval die Bezirkspolizei von Kovel, ein Ermittlungsverfahren wegen des gewaltsamen Todes ihres Mannes einzuleiten, unter anderem gemäß den Artikeln des Strafgesetzbuchs zu Mord, Folter, rechtswidriger Entführung und Amtsmissbrauch. Da sie bis zum 4. April keine Antwort erhalten hatte, reichte sie beim Bezirksgericht Kovel eine Klage gegen die Bezirkspolizei von Kovel wegen der unterlassenen Einleitung eines Strafverfahrens ein.

Am 6. April gab Richterin Marina Gridyaeva der Klage von Liliya Koval statt, wie aus einer Forum 18 vorliegenden Entscheidung hervorgeht. Die Richterin erkannte an, dass ihr Antrag an die Bezirkspolizei von Kovel „objektive Daten und Umstände“ enthalte, „die auf die Begehung einer Reihe von Straftaten hindeuten könnten“. Die Richterin wies die Polizei von Kovel an, ein Verfahren einzuleiten und es in das Einheitliche Register für Ermittlungsverfahren einzutragen.

Am 29. April führten mehrere Ärzte eine neue gerichtsmedizinische Untersuchung von Kovals Leichnam durch. Die Behörden haben der Familie das Ergebnis der Untersuchung nicht mitgeteilt. Der Leichnam wurde später zur Bestattung freigegeben.

Kovals Kirche in Kovel hielt am 17. Mai seine Trauerfeier und Beisetzung ab (<https://www.youtube.com/watch?v=qMLrr2WlyeY>). Der Sarg war während der Trauerfeier geschlossen. In der Ukraine finden Beerdigungen oft mit offenem Sarg statt.

Über den Stand der Ermittlungen herrscht Ungewissheit. Die Ermittlungen im Vorfeld des Gerichtsverfahrens werden von Serhiy Popika von der Bezirkspolizei Kovel geleitet. Auf die Frage vom 24. Juni, ob in diesem Fall bereits jemand festgenommen worden sei, weigerte er sich, Auskunft zu geben. „Ich kann keine Informationen geben“, sagte er gegenüber Forum 18 und legte auf.

Kovals Familie hat keine neuen Informationen über ein Verfahren gegen die Verantwortlichen für seinen gewaltsamen Tod erhalten. „Leider gibt es derzeit keine neuen Informationen“, sagte seine Witwe Liliya Koval am 23. Juni gegenüber Forum 18. „Niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Bis jetzt war es nicht einmal möglich, die Ergebnisse der zweiten gerichtsmedizinischen Untersuchung zu erhalten.“

„Ich habe den Eindruck, dass dieses Verbrechen vertuscht wird“, fügte Liliya Koval hinzu. „Denn soweit ich weiß, wurde das Strafverfahren eingestellt. Erst eine Woche später hob die Staatsanwaltschaft die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens auf. Seit fast drei Monaten haben jedoch weder die Polizei noch andere staatliche Behörden etwas unternommen.“

Viktor Yelensky, Leiter des Staatlichen Dienstes für ethnische Politik und Gewissensfreiheit (DESS), erklärte gegenüber Forum 18 am 24. Juni, er habe nichts von dem mutmaßlichen Mord an Koval in der Militäreinheit gehört.

Batiuzhenko: In der Militäreinheit gefoltert

Am 17. Februar nahmen Beamte der Einberufungsbehörde den Zeugen Jehovas Serhiy Volodymyrovych Batiuzhenko (geb. am 1. Juli 1973) auf der Straße in der östlichen Stadt Dnipro fest, als er auf dem Weg zu einem Arzttermin im Krankenhaus war. Sie teilten ihm mit, dass er seit dem 9. Februar gesucht werde. Sie zwangen ihn in ein Auto und brachten ihn zur städtischen Wehrpflichtbehörde Tsentralno-Chechelivka.

Batiuzhenko erklärte den Mitarbeitern der Wehrpflichtbehörde, dass er aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten könne und seit 16 Jahren Zeuge Jehovas sei. „Trotzdem wurde er mit Handschellen gefesselt und gewaltsam in einen Souterrainraum einer ehemaligen Lackfabrik in der Nähe des Bahnhofs Zakhidny gebracht“, teilten die Zeugen Jehovas Forum 18 mit. Anschließend brachten sie ihn zu einem Militärstützpunkt im Bezirk Samariv in der Region Dnipropetrowsk.

Auf dem Militärstützpunkt erklärte Batiuzhenko wiederholt, dass er aus Gewissensgründen keinen Wehrdienst leisten könne. Das Militärpersonal verspottete seine religiösen Überzeugungen. „Sie nahmen ihm alle persönlichen Gegenstände weg und sperrten ihn in einen Raum, den sie als ‚Wachhaus‘ nutzten“, berichteten Zeugen Jehovas gegenüber Forum 18. „Der Raum bot bei einer Temperatur von minus 10 Grad Celsius keinerlei akzeptable Bedingungen für die Unterbringung von Menschen.“

Bedienstete brachten Batiuzhenko später zur Ausbildungseinheit des Stützpunkts in der Nähe von Pidlisne in der Region Dnipropetrowsk (A4848). Auf dem Militärstützpunkt weigerte sich Batiuzhenko, eine Militäruniform anzuziehen. Am 13. April befahl ein Kommandant dem Leiter des Ausbildungszentrums, Batiuzhenko und den ebenfalls zu den Zeugen Jehovas gehörenden Eduard Martens in weiße Umhänge „wie die, die Jesus trug“ zu kleiden, sie vor der Einheit vorzuführen und sie zu schlagen.

Später, nachdem sich beide erneut geweigert hatten, schlug ein Ausbilder Batiuzhenko und Martens mehrere Dutzend Mal mit einem Holzschläger auf Rücken, Gesäß, Nacken, Arme und Beine. „Ihr seid Sektenanhänger“, schrie der Ausbilder sie an. „Ich werde euch schlagen, bis sich euer Fleisch von euren Knochen löst.“ Er schlug weiter auf sie ein, nachdem sie das Bewusstsein verloren hatten.

Am nächsten Morgen, als Batiuzhenko versuchte, die Sanitätsstation zu erreichen, warfen ihn Wachen in eine etwa drei Meter tiefe Grube. Sie ließen ihn dort etwa einen halben Tag liegen, er verlor dort wiederholt das Bewusstsein. Er erkrankte an einer Lungenentzündung und hohem Fieber und wurde 24 Tage lang im Krankenhaus behandelt.

Batiuzhenkos dokumentierte Verletzungen umfassten ausgedehnte Blutergüsse an Gesicht, Beinen und Armen (der größte Bluterguss maß 62 cm mal 42 cm) sowie eine Lungenentzündung. (Forum 18 hat Fotos der Verletzungen gesehen.)

Am 27. April wurde beim Staatlichen Ermittlungsamt (SBI) in Poltawa eine Anzeige erstattet. Dieses leitete eine offizielle Untersuchung ein, die laut den Forum 18 vorliegenden Ermittlungsakten offenbar noch andauert.

Die Ermittler Andrii Slidyak und A. Andreyev von der Dritten Ermittlungsabteilung mit Sitz in Dnipro untersuchen die Körperverletzung an Batiuzhenko, die „aus religiöser Intoleranz“ begangen wurde, gemäß Artikel 426-1 Absatz 4 des Strafgesetzbuches. Dieser bestraft den „Missbrauch von Macht oder Amtsgewalt durch einen Militärangehörigen“, wenn dieser während einer Ausnahmesituation begangen wird. Darauf steht eine Freiheitsstrafe von 7 bis 10 Jahren. Die Folterung von Martens (siehe unten) wurde später in dieselbe Ermittlung einbezogen.

Batiuzhenko wurde als Opfer anerkannt. Er befindet sich derzeit in der Stadt Dnipro.

Die Dritte Ermittlungsabteilung in Dnipro reagierte nicht auf die Anfrage von Forum 18 vom 24. Juni nach einem Interview mit den Ermittlern Slidyak oder Andreyeva. Forum 18 sandte daraufhin schriftliche Fragen:

- Ob im Zusammenhang mit der Folterung von Batiuzhenko und Martens Verdächtige festgenommen wurden;
- Falls ja, wann mit einem Prozess zu rechnen ist;
- und falls nein, warum nicht.

Bis zum Nachmittag des 25. Juni hatte Forum 18 keine Antwort erhalten.

Viktor Yelensky, Leiter des Staatlichen Dienstes für ethnische Politik und Gewissensfreiheit (DESS), erklärte, er habe Kenntnis von der Folterung von Batiuzhenko, Martens und Korobeinyk in der Militäreinheit. „Wir prüfen das“, teilte er Forum 18 am 24. Juni mit. „Wir stehen in Kontakt mit der Führung der Zeugen Jehovas.“

Martens: In Militäreinheit gefoltert

Beamte der Einberufungsstelle des Stadtteils Schewtschenko in Saporischschja nahmen am 27. März den 53-jährigen Zeugen Jehovas Eduard Oleksandrowitsch Martens fest. Sie wiesen seine Behauptung zurück, er sei seit 29 Jahren Zeuge Jehovas und könne aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten. Sie brachten ihn zu einer Militäreinheit, doch die dortigen Beamten weigerten sich, ihn aufgrund seines Gesundheitszustands einzuziehen, und schickten ihn zurück zum Wehrersatzamt.

Am folgenden Tag brachte das Einberufungsamt Martens zu einem anderen Militärstützpunkt, diesmal im Bezirk Samariv in der östlichen Region Dnipropetrowsk. „Während seines Aufenthalts in der Militäreinheit teilte Martens allen Angehörigen des Militärs mit,

dass er Zeuge Jehovas sei und aufgrund seiner religiösen Überzeugungen weder Soldat sein noch eine Militäruniform tragen noch ein Soldatengehalt beziehen könne“, berichteten Zeugen Jehovas gegenüber Forum 18.

Später am 28. März brachten Bedienstete Martens zur Ausbildungseinheit der Militärbasis in der Nähe von Pidlisne in der Region Dnipropetrowsk (A4848). In der Ausbildungseinheit weigerte er sich sowohl, eine Uniform zu tragen, als auch eine Einwilligung zur militärischen Ausbildung zu unterzeichnen. Bedienstete „brachten Martens in die Stadt Saporischschja zu einem ‚Treffen‘ mit ihm unbekannten Militärangehörigen und übten psychologischen Druck auf ihn aus, um ihn zum Tragen einer Militäruniform zu zwingen“, so die Zeugen Jehovas.

Am 15. April schlug ihn ein Ausbilder der Ausbildungseinheit gemeinsam mit Serhiy Batiuzhenko mit einem Holzschläger (siehe oben).

Am nächsten Tag forderte der Ausbilder Martens erneut auf, eine Uniform anzuziehen. Als er sich weigerte, schlug der Ausbilder auf ihn ein, bis Martens Krämpfe bekam und das Bewusstsein verlor. Durch die Schläge erlitt er zwei Armbrüche und einen Handgelenksbruch. Einen Monat lang erhielt er keine medizinische Versorgung – sein gebrochener Arm wurde lediglich mit einem Stück Holz gesichert.

Martens leidet nach wie vor unter zeitweiligen Funktionsstörungen in einem Bein und benötigt eine Operation, einschließlich eines Metallimplantats, damit die Knochen verheilen können. Trotz seiner Verletzungen blieb er in seiner Militäreinheit und erhielt keine angemessene medizinische Versorgung.

Erst nachdem das Staatliche Ermittlungsamt eine Untersuchung eingeleitet hatte, wurde Martens am 14. Mai zur Behandlung in ein Krankenhaus überwiesen.

Martens' dokumentierte Verletzungen umfassten zwei Armfrakturen mit verschobenen Knochen, mehrere Prellungen und eine Lungenentzündung. Er leidet unter anhaltendem Funktionsverlust in einem Bein, wofür nach wie vor eine Operation erforderlich ist. (Forum 18 hat Fotos der Verletzungen gesehen.)

Die Martens zugefügten Verletzungen wurden in die strafrechtlichen Ermittlungen im Vorfeld des Verfahrens gegen Batiuzhenko aufgenommen. Martens wurde als Opfer anerkannt.

Martens befindet sich derzeit im städtischen Krankenhaus Nr. 4 in Dnipro und wird dort wegen seiner Verletzungen medizinisch behandelt.

Korobeinyk: In einer Militäreinheit gefoltert

Beamte brachten den 51-jährigen Zeugen Jehovas Ruslan Korobeinyk in dieselbe militärische Ausbildungseinheit in der Nähe von Pidlisne in der Region Dnipropetrowsk (A4848), obwohl er beharrlich darauf hinwies, dass er aus Gewissensgründen keinen

Militärdienst leisten könne. Er beantragte einen zivilen Ersatzdienst, doch die Beamten lehnten dies ab.

In der Militäreinheit weigerte sich Korobeinyk, zu den Waffen zu greifen oder Schießstellungen auszuheben. Der Ausbilder, der bereits Batiuzhenko und Martens angegriffen hatte, bezeichnete Korobeinyk als „Satanisten“. Ein anderer Soldat drohte ihm wegen seiner Weltanschauung, er werde ihm die Zähne ausschlagen.

Am 24. März versetzte ein weiterer Soldat Korobeinyk zwei Schläge ins Gesicht und befahl zwei seiner Untergebenen, ihn in einen Fluss zu werfen. Durch Schüsse aus automatischen Waffen zwangen die beiden Untergebenen ihn, etwa eine Stunde lang im etwa 5 Grad Celsius kalten Wasser zu bleiben, bis seine Beine taub wurden. Als Korobeinyk sich erneut weigerte, Schießstellungen auszuheben, schlug ihm der Ausbilder dreimal auf den Kopf und brach ihm dabei die Nase.

Tage später, nach einer weiteren Weigerung, schlug der Ausbilder Korobeinyk ins Gesicht und stieß ihn zu Boden. Anschließend riss der Ausbilder Korobeinyk wieder auf die Beine und schlug weiter auf ihn ein, unter anderem mit Schlägen auf den Oberkörper und das Bein.

Die Behörden scheinen keine Ermittlungen wegen der grausamen Behandlung von Korobeinyk eingeleitet zu haben, wie Zeugen Jehovas gegenüber Forum 18 angaben.

Korobeinyk befindet sich derzeit in der Stadt Saporischschja.

Viele Kriegsdienstverweigerer werden gegen ihren Willen in Militäreinheiten festgehalten

Die Einberufungsämter haben zahlreiche Männer im Alter zwischen 28 und 59 Jahren festgenommen, die sich aus Gewissensgründen geweigert hatten, Militärdienst zu leisten, und sie an Militäreinheiten überstellt. Viele haben über Folter, Druck und schlechte Haftbedingungen geklagt.

Anfang Juni wurden mindestens 50 Männer aus baptistischen Gemeinden des Rates der Kirchen in solchen Militäreinheiten festgehalten, obwohl sie ihre Bereitschaft zum zivilen Ersatzdienst bekundet hatten. Am 6. Juni wurde Oleksandr Redkostiin aus einem Dorf in der zentralukrainischen Region Kirovohrad festgenommen. Der 52-Jährige wird in einer Militäreinheit in der nordwestlichen Region Rivne festgehalten (A5338).

Viktor Yelensky, Leiter des Staatlichen Dienstes für ethnische Politik und Gewissensfreiheit (DESS), erklärte gegenüber Forum 18 am 24. Juni, ihm sei die Inhaftierung dieser Baptisten des Rates der Kirchen auf Militärstützpunkten nicht bekannt.

Viele protestantische und zu den Zeugen Jehovas gehörende Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen werden ebenfalls in Militäreinheiten festgehalten.

Beamte der Wehrpflichtbehörde nahmen am 30. April in Malin in der nördlichen Region Schytomyr einen 45-jährigen orthodoxen Diakon, Grigory Filonenko, fest und brachten ihn auf einen Militärstützpunkt. Metropolit Agafangel (Pashkovsky), das in Odessa ansässige Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland (die 2007 entschieden hatte, vollständig vom Moskauer Patriarchat getrennt zu bleiben), legte Anfang Mai Beschwerde beim Verteidigungsministerium und beim Ombudsmann ein (<http://internetsobor.org/index.php/novosti/rptsz/rptsz-diakona-grigoriya-zaderzhala-ttsk>) .

„Gemäß dem kirchlichen Kanon dürfen Geistliche keine Waffen ergreifen oder Blut vergießen – denn sie bringen das unblutige Opfer am Altar dar“, schrieb Metropolit Agafangel. „Sollten sie menschliches Blut vergießen, sei es freiwillig oder unfreiwillig, verlieren sie das Recht, die Göttliche Liturgie zu feiern, und werden vom heiligen Dienst suspendiert.“

Das Büro des Ombudsmanns reagierte nicht.

Die Antwort vom 4. Juni (<http://internetsobor.org/index.php/novosti/rptsz/otvet-ot-ministerstva-oborony-ukrainy>) auf den Brief von Metropolit Agafangel an das Verteidigungsministerium kam von Oleh Nikitin, dem amtierenden Leiter des Wehrrersatzamtes der Region Schytomyr. Er erklärte, dass während des Kriegsrechts kein ziviler Ersatzdienst möglich sei.

Zur Frage der Mobilmachung von Priestern verwies Nikitin auf Bestimmungen für Geistliche registrierter religiöser Organisationen, wonach diese als Militärseelsorger eingesetzt werden. „Somit wird Geistlichen die Möglichkeit eingeräumt, den Militärdienst – ohne Waffen zu tragen – parallel zu ihren priesterlichen Pflichten zu leisten“, schloss er.

Metropolit Agafangel antwortete am 5. Juni auf das Schreiben (<http://internetsobor.org/index.php/novosti/rptsz/otvet-ot-ministerstva-oborony-ukrainy>). „Aus [Nikitins] Antwort geht hervor, dass in der Ukraine während des Kriegsrechts niemand das Recht hat, seinem Gewissen zu folgen und das sechste Gebot des Gesetzes zu befolgen: ‚Du sollst nicht töten‘.“

Offiziere der Militäreinheit setzten Diakon Grigory „unter derart ständigen Druck – einschließlich Schlägen –, den Militäreid zu leisten und an die Front zu gehen, dass er bei der allerersten Gelegenheit die Einheit verließ“, berichtete ein Gemeindemitglied am 25. Juni gegenüber Forum 18.